

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Nieser.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Nieser, des Finanzamts Nieser und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1588
Cirkelstraße Nieser Nr. 52.

Nr. 97.

Donnerstag, 26. April 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für April 4800.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebelages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibfläche (6 Spalten) 250.— Mark; zelttaubender und tabellarischer Satz 50.— Mark. Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 50.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag vorwärts, durch Abgabe einbezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Nieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschaffung des Bezugspreises. Anstandslos und Verlang: Langner & Winterlich, Nieser. Geschäftsstelle: Vorbehalt 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Nieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Nieser.

Auf Blatt 485 des Handelsregisters, „Mühlentwerke Oelsig, G. m. b. H. in Oelsig“, ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 4. November 1922 auf drei Millionen Mark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch denselben Beschluß laut Notariatsprotokolls von diesem Tage im § 4 abgeändert worden.

Amtsgericht Nieser, den 21. April 1923

Auf Blatt 605 des Handelsregisters, „Nieser Handelsgesellschaft Ebbach & Co. Kommanditgesellschaft in Nieser“, ist heute eingetragen worden: 1 Kommanditist ist ausgeschieden. Wilhelmine Karoline Ebbach geb. Köhne in Nieser ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetreten. Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter Joseph Ebbach ist Kommanditist.

Amtsgericht Nieser, den 24. April 1923.

Deutscher Reichstag.

16. Berlin, 25. April.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf auf verstärkten Versammlungsschutz.

Abg. Dittmann (Soz.) läßt vor der Beratung zur Geschäftsordnung eine Erklärung ab, in der es heißt: In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterschaft im schwersten Kampfe an der Ruhr steht, schließt sich die Mehrheit des Reichstags an, ein Gesetz gegen die Arbeiterschaft anzunehmen (Müßiggang, Belästigung, Verleumdung), das als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter wirken muß (erneuter Lärm, Verleumdung, Verleumdung). Der ursprüngliche Antrag hat im Ausschusse eine Veränderung erfahren, die auch andere Zwischenfälle in Betracht zieht, welche als ein Versuch zur Sprengung ausgelegt werden können, mit schweren Strafen bedroht. Unwiderrlegbar ist unsere Feststellung geblieben, daß in Bayern der Versammlungsschutz planmäßig organisiert wird, ohne daß die bayerische Justiz schon von den bestehenden Mitteln Gebrauch macht. Wir beantragen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss zurückzuverweisen und beantragen gleichzeitig über diesen Antrag namentliche Abstimmung (erneuter tosender Lärm auf allen Seiten des Hauses, der die folgenden Redner kaum verständlich werden läßt).

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) stellt gegenüber der Behauptung des Vorredners, daß der Gesetzentwurf sich gegen die Arbeiterschaft richte, fest, daß der Entwurf lediglich diejenige Bedrohung, die mit Gewalt oder Androhung von Gewalt Versammlungen verhindern oder sprengen wollen, daß sich dies gegen die deutschen Arbeiter richte und daß ein Redner der sozialdemokratischen Partei, die sich immer als Vertreter der deutschen Arbeiter hinstellt, so etwas ausspricht, ist eine Verleumdung und Kränkung der deutschen Arbeiterschaft. (Erneuter tosender Lärm.) Wir schließen uns dem Antrag auf namentliche Abstimmung an.

Abg. Dr. Well (Z.) leitet nicht nur als Mitglied der Zentrumsfraktion, sondern vor allem als Angehöriger des Ruhrgebietes allerhöchste Verwahrung gegen die Worte des Abg. Dittmann ein. Der Abwehrkampf im Ruhrgebiet wird durch den Entwurf nicht gefördert, wohl aber durch solche Erklärungen im Reichstag, die uns unterstellen, daß wir ein Gesetz gegen die Arbeiter schaffen wollen. (Lärm und Proteste auf der Linken, Verfallstündengedungen bei den bürgerlichen Parteien.) Der systematische Sabotierung eines Mehrheitsbeschlusses trete er mit aller Entschiedenheit entgegen.

Abg. Dautheuser (Dp.) weist im Namen seiner Fraktion ebenfalls die schwere Verleumdung zurück, die in den Worten des Abg. Dittmann für die deutschen Arbeiter liegt.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bedauert, daß die Vorlage zu einem innerpolitischen Konflikt zu führen drohe, und konstatiert, daß noch gestern im Reichstagsauschuß Abg. Müller-Frankenthal erklärt habe, seine Partei werde der Verabschiedung des Gesetzes obstruktionssfähige Mittel nicht entgegenstellen, sondern das Gesetz rein sachlich bekämpfen. Damals stand der Wortlaut der Kommissionsschaffung bereits fest.

Abg. Müller-Frankenthal (Soz.): Wir haben den Versuch einer Verständigung gemacht, indem wir die Aushebung der von der Kommission beschlossenen Verschlechterungen anregten. Wir geben Ihnen auch jetzt noch die Möglichkeit einer Verständigung durch die von uns beantragte Zurückverweisung an den Ausschuss. Keine Partei hat bisher den Kampf gegen den Versammlungsschutz energischer geführt als die Sozialdemokratie. (Belächter rechts.)

Abg. Kemmele (Komm.) schließt sich der Erklärung und dem Antrag der Sozialdemokraten an.

Abg. Lecht (Dp.) bedauert die Erklärung des Abg. Dittmann, deren Form nicht geeignet sei, einem Auslöser oder einem Entgegenkommen seitens der anderen Parteien den Weg zu ebnen. Redner weist namens seiner Freunde und namens ganz Bayerns die ausgesprochenen Verdächtigungen zurück.

Abg. Kahl (Dp.): Durch die Ausführungen des Abg. Dittmann hat sich die Situation ganz ungewöhnlich verschärft. Wenn er diese Angelegenheiten in Verbindung bringt mit den Ruhrarbeitern, so ist das eine derart unglückliche und unrichtige Auffassung, daß ich es gegenüber den von uns abgegebenen Versicherungen geradezu unter meiner Würde halte, darauf zu antworten. Gewiß ist der Abg. Müller mit dem Kollegen Kahlbruch gestern zu mir gekommen, um den Versuch einer Verständigung zu machen. Es handelte sich dabei um zwei Punkte, um die Bekämpfung von Handlungen, die im Zusammenhang mit einer Versammlung begangen werden, und um die Strafbarkeit des Verfalls. Ich habe gesagt, daß man selbstverständlich über diese an sich juristischen Fragen verhandeln könne, habe dann aber gefragt, was die Herren für Folgerungen daraus zögen, wenn wir nachgeben und ein Kompromiß schließen würden. Die Antwort war: Ein unserer schließlichen Ablehnung des Gesetzes würde sich nichts ändern. Wozu dienen dann nochmalige Verhandlungen?

Abg. Andre (Z.): Ueber die sozialdemokratische Entscheidung, daß es sich hier um ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft handeln soll, laden nicht nur hier im Hause die Leute, darüber lachen bei uns sogar die Tiere. Während die Vertreter der Linken von der Arbeiterschaft nur einen geringen Teil vertreten, sind wir berechtigt, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. Die Linke kann

heute das Haus vielleicht beschlußunfähig machen, aber darüber sich keinem Zweifel hingeben, daß die breiten Massen des Volkes drängen für eine solche Tätigkeit kein Verhängnis haben.

Abg. Behrens (Dnat.) befreit ebenfalls unter erneuertem Lärm der Linken den Sozialdemokraten das Recht, im Namen der Ruhrarbeiter zu sprechen.

In namentlicher Abstimmung wird nunmehr mit 200 gegen 144 Stimmen Antrag Dittmann auf Zurückverweisung an den Ausschuss abgelehnt.

Abg. Dittmann (Soz.): Die bürgerliche Mehrheit, die über 269 Abgeordnete verfügt, hat nicht einmal die 230 Stimmen zumachen können, die zur Beschlußfähigkeit des Hauses gehören. Wir haben keinen Anlaß, mit unlerer Hilfe die Annahme einer Vorlage zu ermöglichen, die wir für arbeitserfährlich halten. Ich beantrage deshalb Ablehnung des Gegenstandes von der Tagesordnung und bewillige gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Die meisten Abgeordneten der Linken verlassen nunmehr den Saal.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Dittmann.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob in diesem Falle eine namentliche Abstimmung zulässig sei, zieht Abg. Dittmann seinen ersten Antrag zurück und beantragt Schluß der Debatte.

Abg. Koch-Weser (Dem.) nimmt den ersten Antrag Dittmann wieder auf.

Als die dreißig Abgeordneten der Linken, welche zur Unterstützung des Antrages Dittmann im Saal geblieben waren, diesen nun auch verlassen wollen, erklärt

Abg. Pergt (Dnat.) dieses Verfahren nach Angewiesung der Beschlußfähigkeit für unzulässig.

Präsident Loebe schlichtet den Streit, indem er den Schlußantrag Dittmann als ungenügend unterläßt sollen läßt und den neuen Verlagsantrag Koch zur Abstimmung bringen will.

Nunmehr zieht Abg. Koch-Weser (Dem.) seinen Antrag zurück, der aber sofort von Abg. Müller-Frankenthal (Soz.) wieder aufgenommen wird.

Die namentliche Abstimmung, während deren die Linke wieder in den Saal strömt, ergibt die Ablehnung des Verlagsantrages mit 201 gegen 139 Stimmen.

Nunmehr wird die sachliche Aussprache über den Gesetzentwurf fortgesetzt.

Abg. Dr. Perzfeld (Komm.) sieht in den heutigen scharfen Auseinandersetzungen den Beginn einer endgültigen Trennung der Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien.

Reichsinnenminister Dr. Cser: Zu wünschen wäre, daß der Reichstag nicht unter dem Eindruck der Dinge aus einandergehe, wie wir fordern erlebt haben. Wenn es einen Weg gäbe, die Parteien aufzuklären, so würde die Regierung ihn gern beschreiten. Wir wollen die Freiheit der Versammlungen herstellen, die heute nicht besteht.

Eine Reihe von Landesregierungen hat erklärt, mit den vorhandenen Nachmitteln könne man den Versammlungsschutz nicht durchführen. Wenn der Reichstag uns die verstärkten Nachmitteln jetzt verweigert, dann muß die Regierung selbst nach Mitteln zur Sicherung der Versammlungsfreiheit suchen. Wir werden dabei dafür sorgen, daß die Bestimmungen mit absoluter Unparteilichkeit gegen rechts und links angewendet werden. Wie in der Natur nach einem Gewitter mit fröhlichen Donnerläuten eine Reinigung der Atmosphäre eintritt, so werden hoffentlich auch die erregten Sinnen dieser Sitzung bald einer vernünftigeren Stimmung weichen. Wir haben doch noch andere wichtige Gegenstände zu erledigen, vor allem den zwölften Nachtragsetz.

Abg. Kemmele (Komm.): Was will der Minister dagegen tun, daß in Bayern bestimmten Parteien überhaupt keine Versammlungen erlaubt werden?

Minister Dr. Cser: Wenn der Versammlungsschutz gewährleistet ist, werden wir auch auf die Durchführung der versammlungsmäßigen Rechte dringen.

Bei der Abstimmung, die zunächst über einen sozialdemokratischen Antrag auf Wiltberung der Bestimmungen zu erfolgen hat und die wiederum namentlich ist, verläßt die Linke aus neue den Saal. Der Antrag wird mit 199 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Präsident Loebe stellt die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest und legt auf 5 Uhr nachmittags eine neue Sitzung an mit der früheren Tagesordnung, ausschließlich der geteilten Versammlungsvorlage. Schluß 4 1/2 Uhr.

In der

neuen Sitzung

wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung der 12. Nachtragsetz angenommen, der eine Anleihe von 4 1/2 Millionen M. vorstelt. Mit diesem Nachtragsetz soll das Reich unter bestimmten Voraussetzungen Garantien zur Befriedigung unabwiesbarer, in Folge des Ruhrstreiks hervorgerufener Bedürfnisse übernehmen. Ferner sollen weitere 400 Milliarden zur Sicherung der Volksernährung aufgegeben werden.

Außerdem wird die Novelle zur Erwerbslosenfürsorge angenommen, wonach die Krankenterversicherungsrechte den Erwerbslosen erhalten bleiben.

Um 7 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf den 3. Mai nachm. 2 Uhr. Tagesordnung: Interpellation über die Auflösung der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und Versammlungsausschüsse.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Protestnote gegen den Eingriff in die deutsche Justizhoheit. Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist eine Note überreicht worden, in der in längeren Ausführungen die rechts- und vertragswidrigen Bestimmungen der unter dem 22. Januar erlassenen Verordnung Nr. 156 der Interalliierten Rheinlandkommission angegriffen werden und in der am Schluß die deutsche Regierung Verwahrung gegen diese Verordnung einlegt.

Protest gegen die Verkehrsbeschränkungen im Ruhrgebiet. Die Gewerkschaften aller Richtungen in Dortmund haben an General Dequante ein Schreiben gefandt, in dem Protest gegen die Verkehrsbeschränkungen im Ruhrgebiet erhoben wird. In dem Protest heißt es u. a.: Durch Behinderung des Verkehrs im besetzten Gebiet erhält die Bevölkerung im besetzten Gebiet, die im unbesetzten Teile Deutschlands Verwahrung hat, ihnen zugesandte Lebensmittel, Bedarfsartikel und anderes nicht mehr. Die Ernährung wird dadurch erheblich erschwert, die Not wird größer und das große Sterben nimmt zu, da auch der Verkehr mit Hilfsmitteln nicht erlaubt ist. Die familiären und gesellschaftlichen Beziehungen sind durch das kulturwidrige Verbot unterbrochen. Gegen diese Eingriffe in den Verkehr erheben wir schärfsten Protest und erwarten sofortige Aufhebung dieser Maßnahmen.

Reichsbeamte und 1. Rat. Die Reichsregierung hat hinsichtlich des Dienstes der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden und Reichsbetriebe am 1. Mai eine Regelung getroffen, nach der in den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, auch in den Reichsbehörden und Betrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen ist.

Der Text der Rede Lord Curzons eingegangen. Die Rede Lord Curzons im Oberhaus am 20. April liegt nun im englischen Text vor. Danach ist eine bisher dunkel erscheinende Stelle richtig wie folgt zu überlegen: Die Erfahrung des letzten Krieges habe gezeigt, daß ein Neutraler keineswegs ein Staat („Staatsfigur“) sei. Ein Neutraler sei in jedem Augenblick in der Lage, ein Handelsland zu werden und zwar ein sehr nützliches. — Die Reichsregierung beschäftigte sich weiter mit der Frage der Verantwortung der Curzons'schen Rede.

Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie stellt eine Präsidialverordnung ab, die sich mit der Frage befaßt, in welchem Umfang die deutsche Industrie bereit und in der Lage sein würde, die Garantierung eines deutschen Angebots zu übernehmen. Sobald die Vorarbeiten des Reichsministeriums über die Ausarbeitung eines Neutralitätsangebots beendet sind, wird der Reichsfunkler die Parteführer zu einer Besprechung einbilden.

Die Bergarbeiter gegen die Bestrebungen der Kommunisten. Die vier Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet erlassen einen Aufruf, in dem sie darauf hinweisen, daß der Versuch der Kommunisten, Unruhen und Unzufriedenheiten, bei Abperrungen von Kohle- und Schieferstein durch die Franzosen den Generalstreik zu veranlassen, das Ziel verfolgen, den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven zu machen, wie auch die Vorgänge in Wülheim und Essen bezeugen. Der Abwehrkampf ist bisher nur deshalb so erfolgreich gewesen, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt worden ist. In dem Augenblick, wo der Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen einsetzt, sei der Abwehrkampf verloren. Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen nützen nur dem französischen Imperialismus und Imperialismus. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, das Anstimmern der Kommunisten und Syndikalistischen zurückzuweisen und nach wie vor nur den Bestrebungen der Bergarbeiterorganisationen zu folgen.

Auch die fremden Arbeiter verlassen das Ruhrgebiet. Auch die von den Franzosen beschäftigten fremdländischen Arbeiter wollen nicht mehr unter französischen Bajonetten arbeiten und verlassen in großer Zahl ihre Arbeitsstätten.

Austritt des Oberkommissars im Memel-Gebiete. Der Oberkommissar der litauischen Regierung im Memelgebiete, Retona, der sich kürzlich in Kovno befindet, wird auf seinen Posten in Memel nicht mehr zurückkehren. Er trat sich schon seit längerer Zeit mit Austrittsgedanken, da, wie er erklärt, seine Arbeit in Memel auf zu viele Schwierigkeiten stöße. Kovno um auch die extremen Kreise in Memel wünschten möglichst rasche Durchführung der angeordneten Maßnahmen. Die möglichst schnelle Umstellung auf litauische Verhältnisse sei einfach gegen seine Bedenken beschloßen worden. Retona tritt als verständigungswilliger Mann. Das hätte der litauischen Chauvinisten in Memelgebiete auch Veranlassung gegeben, ein Mißtrauensvotum gegen ihn auszurufen. Die Frage der Nachfolge wird erst entschieden werden, wenn der litauische Ministerpräsident nach Stomva zurückgekehrt ist.

Der schwedische König in Berlin. Der König von Schweden ist gestern nachmittag auf dem Stettiner Bahnhof eingetroffen. Er wurde von den Vertretern der schwedischen Botschaft empfangen und nach dem Goltzblon geleitet. Um 8 35 Uhr abends ist er nach Baden weitergereist.

100-Jahr-Feier der Königsberger San-De-Lalamer. Die Königsberger Handelskammer bean-

gestern die 100. Wiederkehr des Gründungstages ihrer Rechtsvorgängerin, der Korporation der Kaufmannschaft, durch eine Festlichung in der Admishalle.

Ungarn.
Eine stabile Währungsbeziehung. Wie aus Finanzkreisen verlautet, hat der Senat der leitenden Direktoren der Budapest Bank den Regierung einen Antrag unterbreitet, als Verrechnungsmittel für Bankeinlagen und Bankkredite eine neue Währungsform „Turul“ einzuführen, die den fünften Teil des Dollarkurses als dem Werte einer Goldkrone entsprechend, haben soll. Die Banken erhoffen von dieser Neuordnung eine wesentliche Steigerung der Bankeinlagen. Die Einlagen sollen zum Dollarkurs übernommen und zum Dollarkurs zurückgegeben werden. Die Schuldner haben gleichfalls zum Verrechnungswerte zurückzahlen, wobei bei den Einlegern der Geldkurs, den Schuldnern der Warenkurs berechnet wird.

Serbien.
Sehung verfehlter Fahrzeuge. Das Verkehrsministerium hat mit Unternehmern einen Vertrag über die Sehung der während des Krieges in der Donau und den abgelegenen jugoslawischen Küsten verfehlten Fahrzeuge abgeschlossen. Das gehobene Material wird zur Hälfte zwischen dem Staat und den Unternehmern geteilt. Letztere verpflichteten sich, die Arbeiten binnen 2 1/2 Jahren durchzuführen.

Ungarn.
Erfolge der Regierungspartei. Das Wahlbüro veröffentlicht nachfolgende Mitteilung: Die endgültigen Wahlergebnisse lassen folgende Verteilung der Mandate zu: Regierungspartei 215 von insgesamt 248, Kommunisten 18, der Block der Opposition 14, Sozialisten ein Mandat, das auch noch zweifelhaft ist. Alle Minister waren in mehreren Wahlkreisen gewählt worden. Der Ministerpräsident Stambullski ist in 13 Bezirken. Beachtenswert ist die Tatsache, daß die Wahlen im ganzen Lande in völliger Ruhe und Ordnung verliefen. Die neue Kammer spiegelt das Bild der politischen Kräfte des Landes wieder. Die Niederlage der Kommunisten und das Verschwinden der Blockparteien sind dem gesunden Sinn der bürgerlichen Wähler in Ungarn zuzuschreiben, deren Interessen allen utopistischen und kommunistischen Theorien abgeneigt sind, sowie der Notwendigkeit, den neuen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Im Kampfe gegen alle anderen Parteien war die Bauernpartei angesichts des Systems der Verhältniswahl allein imstande, dem Lande eine einheitliche Regierung zu geben. Gestützt auf das allseitige tiefe Vertrauen wird die Regierung ihre Politik fortsetzen, die die Ordnung und Sicherheit im Innern und Friede und Freundschaft nach außen gewährleistet.

Frankreich.
Nicht zahlen, sondern Garantien. In der Rede des Herrn Müller schreibt der „Figaro“: Herr Müller hat 30 Milliarden Goldmark genannt. Allerdings versteht man nicht recht die Schlußfolgerung dieses Vorklammers. Er erklärt, Frankreich benötige 26 Milliarden Goldmark für seine Reparationen. Damit jedoch Frankreich diese Summe bei einem Anteil von 52 Prozent der Gesamtsumme der Reparationen erreicht, müßte dies auf 50 Milliarden Goldmark festgelegt werden. Die Zahl allerdings ist nicht das Wichtigste. Wie man sagt, würde dann Frankreich die für die gesamten Verbindlichkeiten geforderte Summe von 132 Milliarden Goldmark unter gewissen Bedingungen durch Annahmierung der Bons C auf 50 Milliarden herabsetzen, wodurch ihm dann für seinen Teil die auch von Herrn Müller anerkannten 26 Milliarden ausfallen würden. Wie wir schon oft gesagt haben, sind diese Gesamtsummen fortgesetzt schwankend. Wichtig ist es, die von Deutschland angebotenen Garantien zu kennen. Herr Müller spricht von Zöllen. Was meint er denn eigentlich, wenn er sagt, die Industrie, der Handel, die Banken und die Landwirtschaft müssen bei dem Gesamtangebot mit herangezogen werden?

Nollet in Paris. Die Vorklammerskonferenz trat am Mittwoch vormittag in einer Sitzung zusammen, an der auch General Nollet, der Vorsitzende der Internationalen Kontrollkommission in Berlin, teilnahm.

Gegen die Ruhrpolitik Voicars. Der Generalrat des Departements Haute Vienne hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Entschließung angenommen. Vor der Abstimmung enthielt sich der Vizepräsident. Die Entschließung geht davon aus, daß das sichere wirtschaftliche Bedenken Frankreichs nur durch eine auf den endgültigen Frieden und die vollständige Abrüstung gerichtete Politik zu erzielen wäre.

Italien.
Die italienische Presse zur Ruhrfrage. Die gesamte Presse drückt täglich Londoner und Berliner Nachrichten über eine beginnende Entspannung in der Ruhrfrage ab. Während die Regierungspresse reserviert das Thema nicht berührt, begrüßt die übrige Presse freudig den Beginn der Lösung der Ruhrfrage, so der römische Popolo, Mondo und Epoca, welche letztere heute gegen den Messaggero polemisiert, der behauptet, der Untergang der deutschen Großindustrie wäre eine Wohltat für alle anderen Länder. Giornale d'Italia, das vor Millionen warnt, ist der Ansicht, daß Frankreichs offensivere territoriale Absicht England aus seiner Reserve herausgedrängt habe.

Tschechoslowakei.
Der Stand der Verhandlungen über die deutsch-tschechischen Ausweisungen. Im Zusammenhang mit dem ungarischen Grenzfall wird an die Ausweisung tschechoslowakischer Staatsbürger aus Deutschland und die daraufhin erfolgende Ausweisung deutscher Staatsbürger aus der Tschechoslowakei erinnert. Wie wir erfahren, sind die Ausweisungen nunmehr zum Stillstand gekommen, und tschechoslowakische Unterhändler haben sich ihrerseits nach Berlin begeben. Es wird angenommen, daß ein Übereinkommen gefunden wird, das weitere Ausweisungen verhindert.

Englische Bahnbauten in der Tschechoslowakei. Eine englische Eisenbahngesellschaft hat dem Eisenbahnminister Angebote wegen größerer Bahnbauten in der Tschechoslowakei überreicht.

Rußland.
Ein neuer Kirchenprozeß. Wie verlautet, bereitet sich in Sowjetrußland ein neuer Kirchenprozeß vor. Es handelt sich um dreizehn Personen eines katholischen Ordens, die beschuldigt werden, einer gegenrevolutionären Organisation angehört zu haben.

England.
Ein englischer Vorschlag zur Schuldenregelung. Das liberale Unterhausmitglied Bomberis hat im Unterhause eine Anfrage gestellt, ob es richtig sei, daß die englische Regierung eine Annulierung der gegenseitigen englischen Schulden beschloß, und ob diese Annulierung von den Zahlungen Deutschlands an England abhängig gemacht werden sei, ferner in welchem Verhältnis diese Summen zu den britischen Schulden in Amerika stehen. Darauf hat die Regierung geantwortet, daß sie tatsächlich damals in Paris vorgeschlagen habe, die Restschulden mit Abzug der englischen Schulden zu streichen und daß sie diese Regelung von den Zahlungen Deutschlands an England abhängig gemacht habe. Die Regierung glaube, daß England unter diesen Umständen etwa 800 Millionen Pfund Sterling aufgeben würde, wogegen die britischen Schulden in Amerika 1000 Pfund Sterling betragen.

Amerika.
Amerika und der internationale Gerichtshof. Präsident Harding sprach sich in einer Rede auf einem Festen für den Beitritt Amerikas zum internationalen Gerichtshof aus, indem er bemerkte, ein solcher Schritt sei im Einklang mit den amerikanischen Bestrebungen. Der Prä-

sident sagte, die Einleitung des Gerichtsboles sei ein Schritt vorwärts in der guten Richtung. Er betonte aber, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigten, dem Völkerbunde beizutreten.

Die Regelung der Besatzungsstellen. Chicago Tribune meldet: Die Vertreter der Allierten im Pariser Ausschuss zur Regelung der amerikanischen Besatzungsstellen sollen die von den Vereinigten Staaten verlangte unbedingte Priorität ihrer Besatzungsstellen für die gesamte Besatzungsperiode von 12 Jahren so gut wie unanstanden haben. Der Vorschlag von alliierter Seite macht zwar einige Vorbehalte, man betrachte jedoch in amerikanischen Kreisen das Angebot als recht befriedigend.

Ueber Deutschlands Leistungsfähigkeit

Das Parlamentsmitglied Sanders (Arbeiterpartei) fragte im englischen Unterhaus den Premierminister, ob irgend ein verantwortliches Angebot, annehmbare Kriegsreparationen zu zahlen, von der deutschen Regierung gemacht worden sei, und wenn ja, welche Summe angeboten sei, und welches die Summe sei, die die britische Regierung als innerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liegend ansehe. Als Vertreter der Regierung erwiderte der Premierminister, er sehe keinen Zweck in der Erwägung, ob Angebote, die im März und April 1921 gemacht wurden, zu der Zeit, als sie gemacht wurden, angemessen waren. Sie seien zwei Jahre alt und Bedingungen unterworfen, so zum Beispiel bezüglich der Oberlieferung, die jetzt nicht erfüllt werden könnten. Der deutsche Plan vom Dezember 1922 und die Antwort darauf, daß er als befriedigend angesehen werden könnte, sei veröffentlicht worden. Die Summe, die im Januar als innerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit liegend angesehen wurde, sei 2500 Millionen Pfund gewesen.

Zur Auflösung der bayerischen Sturmtruppe.

In der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtags nahm der Minister des Innern Dr. Schweger Stellung zu den Anträgen auf Auflösung der Sturmtruppe. Er legte die Stellung der Staatsregierung zu den Anträgen dar und berichtete im Zusammenhang damit auch die Tätigkeit der vaterländischen Verbände. Diese Bewegung sei im ganzen eine gesunde, natürliche und begrüßenswerte Erscheinung. Das Streben der vaterländischen Verbände müsse aber von jeder Nebenabsicht frei sein und es sei unerwünscht, wenn nationale Kräfte eine national gerichtete Regierung bekämpften. Den kämpfenden Verbänden an Rhein und Ruhr müßten die vaterländischen Verbände einen Rückschlag bieten. Dieser Gesichtspunkt gelte auch für die vaterländische Presse. Auf dem gleichen Stande bewege sich aber auch eine gewisse Gegenpresse, auch Berliner Blätter, die sich in Verungeltung der bayerischen Regierung nicht genug tun könnten. Eine solche Presse sei Gift für das Volk und die Staatsregierung müsse entschieden dagegen Stellung nehmen. Zur republikanischen Schutzgesetzgebung äußerte der Minister, Bayern habe auf dem Standpunkt, daß dieses Gesetz je eher desto besser verschwinden und daß es durch Ergründung der allgemeinen Strafrechtsgesetze ersetzt werden sollte. Der Staatsgerichtshof sei nichts anderes als ein politisches Gericht. Wenn man zur Ansicht komme, daß ein solcher Gerichtshof das Vertrauen von Regierung und Volk untereinander untergraben müsse und der Einheitsfront im Wege stehe und sich dazu verstehen würde, dieses außerordentliche Gerichtsverfahren durch ein ordentliches zu ersetzen, so wäre es auch möglich, den Auswärtigen auf dem Gebiete der Presse nachdrücklich entgegenzutreten.

Ueber die nationalsozialistische Arbeiterpartei führte der Minister aus, daß viele Punkte im Programm dieser Partei unklar und unsehbar seien und manche von ihnen für die bayerischen Belange geradezu bedenklich. Durch ihr gewalttätiges Auftreten in Versammlungen und auf der Straße, durch den Terror ihrer Mitglieder habe die nationalsozialistische Arbeiterpartei das größte öffentliche Verbrechen begangen. Auf der anderen Seite sei festzustellen, daß die Nationalsozialisten seit langer Zeit sich auf ihre eigenen Versammlungen beschränken, die aber geradezu planmäßig von linksradikaler Seite gehetzt und gesprengt werden. Der Minister sprach sich in seinen weiteren Ausführungen gegen den sozialdemokratischen und demokratischen Antrag aus und erklärte sich mit dem der Bayerischen Volkspartei einverstanden. Eine Entschloßung des Staatsgerichtshofs hinsichtlich der Sturmtruppe sei noch nicht erfolgt. Die Staatsregierung habe also zur Zeit keine Handhabe für Auflösung der Sturmtruppe. Der Minister schloß mit dem Appell, die Staatskraft auf das höchste Ziel einzusetzen: auf die Ehre und Freiheit des Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo! bei den Bürgerlichen.)

Abgeordneter Süniger (Soz.) erklärte die Ausführungen des Ministers für alle Gemeinplätze und betonte, seine Partei habe kein Vertrauen zum Polizeiminister. Abg. Dr. Durr (Dem.) forderte im Interesse der geschlossenen Einheitsfront an Rhein und Ruhr die Regierung auf, nichts zu dulden oder zu unterlassen, was diese Einheitsfront gefährden könne. Nach weiterer Aussprache wurde schließlich der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien und der Kommunisten abgelehnt, ebenso in namentlicher Abstimmung der demokratische Antrag. Schließlich wurde der Auflösungsantrag, der von der Bayerischen Volkspartei stammt, mit den Stimmen dieser Partei, des Bayerischen Mittelhandbundes und der Demokraten angenommen; dagegen stimmten die Bayerische Mittelpartei, die vereinigten Sozialisten und die Kommunisten.

Aus dem Ruhrgebiet.

Die französischen Besatzungsstruppen sind weiterhin bemüht, die Kontrolle des Kohlenverkehrs gemäß der Vereinbarung des Generalrats Regente auszubauen. So sind in Bochum allein fünf Kontrollstellen eingerichtet worden. Die Franzosen richten ihr Augenmerk besonders auf die Ruhr- und Annahabriden, sowie auf die Rechenabahn. Es ist ihnen neuerdings gelungen, auf diese Weise die Kohlenzufuhr nach den Werken der Gute Hoffmannshütte in Oberhausen zu unterbinden. In Recklinghausen sind größere Mengen Deputatkohlen beschlagnahmt worden, die erst nach stundenlangem Verhandeln wieder freigegeben worden sind. In Mülheim ist die Schloßbrücke zum Zwecke der Kohlenkontrolle besetzt worden.

Die Milchversorgung des Einzugsgebietes erleidet neuerdings erhebliche Schwierigkeiten, da die Besatzungsbehörde nur noch den Eisenbahntransport von holländischer Milch zuläßt. Die Milch aus dem niederländischen Erzeugungsgebiet muß durch Kraftwagen herangeführt werden; sie trifft nur mit sehr großer Verpätung und in ungenießbarem Zustande ein.

Die Kommunisten in Essen fordern Kohle. Der von den Kommunisten in Essen einberufene Betriebsratesskongreß nahm nach einer Debatte die „Noten Fahne“ eine Hauptresolution an, durch welche die Bergarbeiter aufgefordert werden, geschlossen sich ihre Deputat Kohle zu holen, ohne darum die französischen Offiziere um Erlaubnis zu bitten. Die Resolution fordert ferner die Verteilung der Kohlenhöfen an die wertigste Bevölkerung, keine Arbeit unter Wajonetten, keine Arbeit, wenn die Möglichkeit besteht, daß die Kohle in die Hände Voicars fällt. Es wurde eine Delegation gewählt, die mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten soll.

Neue Verurteilungen.
Der Mediziner Justizrat Rechtsanwalt Karl Schürer in Saarbrücken, einer der ersten Juristen der Weimarer Republik, wurde durch die Weimarer Volkskammer und Justizminister der Deutschen Volkspartei, in von der Besatzungsbehörde verurteilt und in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht worden. Durch die Besatzungsbehörde ist in Salmrohr (Westfalen) die gesamte Weimarer mit dem Kommandanten festgenommen worden. Sie wurde in das Amtsgerichtsgefängnis in Saarbrücken gebracht.

Der neue tschechisch-ungarische Grenzfall.

Ueber den gegenwärtigen Stand der tschechoslowakisch-ungarischen Auseinandersetzungen wegen der Erwerbung eines tschechischen Finanzwachmannes durch ungarische Grenzsoldaten verlautet, daß die Prager Regierung den Wunsch habe, die Angelegenheit mit Beilegung zu erledigen und deshalb die Einleitung eines aus je drei Vertretern der Tschechoslowakei und Ungarn bestehenden Komitees vorschlägt, das zunächst den Tatbestand aufnehmen soll. Die Ministerien des Innern und des Neuen sowie das Ministerium für die Slowakei werden in dieser Kommission vertreten sein, die bereits in dieser Woche ihr Gutachten abgeben soll. Unabhängig von diesen Verhandlungen wurde der ungarischen Regierung bekannt gegeben, daß die von ihr getroffenen Retoriktionen, die in der Erziehung des Grenzvertrictes und der strengeren Handhabung der Ausländervorschriften für ungarische Staatsbürger bestehen, ungeachtet der ungarischen Gegenmaßnahmen nicht früher aufgehoben werden sollen als bis der Gefährdungsstand an der ungarischen Grenze beseitigt ist. Die Lösung des Finanzwachmannes war der zehnte Fall, daß ein Mitglied des tschechischen Grenzschutzes an der ungarischen Grenze getötet wurde.

Wie weiter mitgeteilt wird, ruht der Eisenbahnbetrieb zwischen der Ost-Tschechoslowakei und Ungarn vollständig. Der Chefredakteur eines ungarischen Blattes in Kaschau und der gewesene kommunistische Abgeordnete Surany sind als ungarische Staatsbürger ausgewiesen worden.

Von der Laufer Konferenz.

Am Mittwoch vormittag ist auf der Orientkonferenz auch die III. Kommission für Wirtschaftspragen) zusammengetreten. Es wurden verschiedene Artikel der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes, um dessen Willen die Orientkonferenz in der Hauptsache als zweite Auflage stattfindet, durchberaten. Die meisten Fragen wurden schließlich, wie in der Finanz-Kommission, an ein Sachverständigen-Komitee überwiesen. Die Finanz-Kommission der Orientfriedenskonferenz behandelte am Mittwoch nachmittag die Regelung der ottomanischen Schulden, die Frage der Verteilung der Türken von den ottomanischen Anteilen für Ägypten, den Sudan und Coeren. Die Verbündeten stimmten der türkischen Forderung zu, daß das Recht zur Verteilung der ottomanischen Schulden an die Türkei und ihre Nachfolgestaaten in eine Pflicht zur Verteilung umgewandelt wird. Die Besatzung der Finsen der ottomanischen Schulden zu garantieren, wurde von den Türken energisch abgelehnt, da die hauptsächlichsten Vänder sich nicht mehr in den türkischen Sphären befinden. Die Verbündeten blickten aber an ihrem Standpunkt fest. Bezüglich der Schulden der Inseln des Ostlandes soll eine direkte Verhandlung zwischen Italien und der Türkei erfolgen. Die einzelnen Fragen wurden einem Sachverständigen-Komitee überwiesen, das möglichst bald zusammenzutreten und einen Bericht ausarbeiten soll. Inzwischen wird der Finanzausschuss seine Arbeiten fortsetzen.

Deutsches und Sächsisches.

Miela, den 26. April 1923.
* Öffentliche Sitzung des Schulausschusses.
Von der Mitteilung, daß die für die hiesigen Volksschüler beantragten neuen Lehrstellen abgelehnt worden sind, wird Kenntnis genommen, ebenso von der Summe eines Betrages von 100000 M. vom Bezirksverband Großenhain für die Berufsschule Miela. — Der aufgestellte 12. Nachtrag zur Schulordnung, die Zusammenfassung der beiden Fortbildungsschulen in einer Berufsschule betr., wird genehmigt. — Der Antrag des Schulrats, Klassenbildung betr., wird mit einigen Veränderungen in Bezug auf die Zahl der wahlfreien Unterrichtsstellen angenommen. — Zu einem weiteren Antrage des Schulrats, der die Aufstellung eines Nachtrags zur Schulordnung über die Einrichtung von Nacharbeitsstunden für die Volks- und die Fortbildungsschule vortreibt, wird beschlossen, sag. Dableibenden, als letztes den Schülern verbleibendes Strahlmittel, einzuführen. Für Abholen des Schülers, für Beschränkung um. sollen 200 M. Gebühren für die Schulleitung erhoben werden. — Ferner wird beschlossen, den Kindergarten dem Schulleiter der Knabenschule zu unterstellen. — Mit der Einführung von Wandertagen an den Volksschulen erklärt man sich grundsätzlich einverstanden. — Die Dienstausweisung für den Schularat soll in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen gebracht werden. — Schließlich beschließt den Schulausschuss die Festsetzung des Teilnehmerbeitrags an Handfertigkeitsunterricht. Hierzu wird beschlossen, für Materialkosten von den Teilnehmern einen vierteljährlichen Beitrag von 2000 M. zu fordern. — Als Fremdenzuschlag für die Berufsschule empfiehlt man, den städt. Kollegien vorzuschlagen, stets 1/10 des Schulgelbes wie für die hiesigen Schüler, die die Oberrealschule besuchen, zu erheben. Für diejenigen Schüler, die an einem Sonderunterrichtslehre teilnehmen, soll nur die Hälfte des Betrages erhoben werden. — Das Fremdenzuschlag für die Volksschule wird auf jährlich 18000 M. festgelegt. Wenn noch wahlfreier Unterricht hinzukommt, sollen für eine Wochenstunde 1000 M. hinzuerhöhen werden. — Der Preis für eine Eisenportion wird für die Teilnehmerinnen am Fachunterricht auf 200 M. festgelegt. — Mit der Beschaffung verschiedener Wirtschaftsgegenstände für die Schulleitung erklärt sich der Schulausschuss einverstanden und bewilligt die benötigten Mittel.

* Schulgeld für die Oberrealschule betr.
Das Schulgeld für hiesige Schüler der Oberrealschule beträgt jährlich (nicht monatlich, wie in dem gestrigen Bericht über die öffentliche Stadtverordneten-Sitzung irrtümlich angegeben) 18000 Mark. Auswärtige Schüler sollen jährlich 38000 Mark Schulgeld bezahlen.

* Eine Sammlung zur Ruhrhilfe beim Konzert der Hüttenkapelle vom Beamtenverein der Linke-Hofmann-Gauchhammer W.-G. Miela ergab den Betrag von 288000 Mark.

* Anrufern des Mielsaer Ruhrvereins.
Am kommenden Sonntag 2.30 Uhr nachm. findet das Anrufern des Mielsaer Ruhrvereins statt. Nach langer Winterpause, die der Ausübung mancherlei Ergänzungsportarten galt, hat der Verein nunmehr mit den Vorbereitungen für die kommende Saison begonnen. Ob der eigentliche Ruhrsport einleitet, sammelt der Verein seine Mitglieder zu einer Art Geerchau — dem Anrufern. Ob jung, ob alt, alles was die Vereinsfarben trägt, vereinigt sich an diesem Tage zu gemeinsamer Arbeit. So wird einerseits eine Uebersicht über die Zahl der Ausübenden gegeben, andererseits zugleich der Deckungsbeitrag der Wert zöperlicher Bedarfsauna von

Stolze Herzen.

Roman von Alfred Sassen.

23. Fortsetzung

Aus seinen weitoffenen, funkelnden Augen sprach eine wilde Angst vor etwas Furchtbarem. Clementine erschauerte. Ein Frösteln ging durch ihren Körper. — „Noch ein Wort, das ich Ihnen zu sagen, dann werde ich gehen, möchte es kommen, wie es wollte.“

„Mama läßt Sie und Ihren Vater bitten, morgen Abend im Schloß zu essen. Sie kommen doch?“

„Eublich rinal es sich besser von seinen Lippen: Clementine — Komtesse.“

„Mehr kann er nicht sagen, denn Lucie, die sich vorhin, als Papa Leisand den Besuch meldete, auf den Tritt am Fenster zurückgezogen hatte, wo sie halb und halb von der Gardine verdeckt worden war, kam jetzt leichten Schrittes näher. Ein kaum merkliches triumphierendes Lächeln schwebte um ihren karrotten Mund, als sie sagte: „Guten Abend, gnädiges Fräulein! Verzeihen Sie, aber ich glaube nicht, daß Sie mich morgen Abend, am ersten Feiertag, allein lassen wird.“ Sie hing sich zutraulich in seinen Arm. „Wir haben uns vor einer Viertelstunde verlobt.“

„Vollständig wie entgeistert. Der alte Mann war unwillkürlich zwei Schritte zurückgefallen. In einer stillen, der die Tränen nahe waren, blickte er zu dem Bilde über der Kommode empor, auf den zuckenden Lippen die lautlose Frage: „Dast du das auch gehört, und läßtst du es für möglich?“ — „Welch ein Weihnachtsabend! Und er hatte ihm mit so folgenschweren Hoffnungen entgegengeleuchtet!“

Die äußerlich Befachteste war die Komtesse. Zusammengeknallt war sie wohl nicht. Aber hatte sich ihr schlanker Körper um einen Zoll höher aufgerichtet, wenn auch der letzte Rest von Farbe aus dem schönen, stolzen Gesicht verschwunden war.

„Leinz hatte ausgelesen, als ob er in einer Aufwallung mühen Ingrimm schlagen wollte nach ihr, die so lächelnden Mundes von ihm Besitz ergriff. Aber der nur um einen ohnmächtigen Rud aufgefahrene Arm war an der Seite geblieben. Er sah sie mit wilderfüllten Augen nur an, die sich seine Braut genannt hatte, und stammelte: „Lucie — du —“ Dann sank plötzlich sein Haupt. Wie ein gebrochener Mann stand er da.“

Das Stillstehen des Entsetzens währte nur wenige Augenblicke.

Mit übermenschlicher Kraft zwang sich die Komtesse zu den scheinbar ruhigen Worten: „Keinen Glückwunsch! Sie bringen morgen Abend — in diesem Fall — natürlich — Ihre Braut mit — Herr Leisand!“ Mit einem fast irren Lächeln um die Lippen, das der armen Lotte herzerweichend erschien, fügte sie noch hinzu: „Wir können ja dann gleich — Verlobung feiern. — Komm, Lotte, wir müssen fort. Im Schloß wartet die Bekräftigung auf uns. Auf Wiedersehen also morgen Abend!“

Sie ging. Lotte folgte ihr schweigend. Nur einen weinvoll verständigensuchenden, todesstrahligen Blick warf sie noch auf Leinz zurück.

8. Kapitel.

In den wenigen Säulern, an denen die Komtesse und Lotte auf ihrem Wege von der Schule nach dem Schloße vorüberkamen, brannten die Weihnachtsstämme, doppelt heimlich und traut, weil die Lichter heraus auf die Straße durch Glühbirnen schimmerten, welche die mit starrendem

Frost herabdrückende Nacht auf die Straßen janderte. In der klaren, kalten Luft verlangten eben die letzten Töne des Weihnachtsfestes. „Friede auf Erden! Und den Menschen ein Wohlgefallen!“

Friede auf Erden! Ein Wohlgefallen! Ach, während die süße Botschaft aus ihrem Munde durch die Lippen hallte, hatte dort in dem stillen, behaglichen Wohnzimmer der Schule ein lächelnder Mädchenmund ein Wort ausgesprochen, das Unfrieden war und brachte — und so gar kein Wohlgefallen! Herzen, die noch weit offen waren zu heißem Geden und schauerndem Empfangen, schloß jenes Wort sich und knirschte zu, herbstlicher Schmerz zog darin ein — keine Weihnachtsfreude, nein, Weihnachtsleid, bitteres, bitteres Weihnachtsleid!

Und Weihnachtsleid ist so unendlich schmerzlicher als Leid an einem anderen Tage, an dem keine himmlische Botschaft mild und verführend aus freundlichen Wolken herniederfließt!

„Lotte sah mit zerrissenem Herzen auf die Komtesse, die immer zwei Schritte vor ihr ging, aber nicht abgedrückt in ihren Mantel gewickelt, sondern hoch aufgerichtet wie immer. Nur das Epitaph hatte sie tief herein in das Gesicht gezogen. Sie hatte das wohl ganz mechanisch getan, denn auf den einfachen Dorfwegen und zu dieser Stunde, die jeden zu Hause bei den Seinen festhielt, brauchte sie keinen neugierig schauenden Blick zu befürchten.“

„Lotte konnte nicht sprechen, kein stöhnendes Wort wollte den Weg über ihre Lippen finden. Sie war noch immer wie betäubt, obwohl, als ob sie einen Schlag auf den Kopf empfangen habe, war ihr, sie vermochte ihre Gedanken nicht zu sammeln.“

Fortsetzung folgt.

Bereinsnachrichten

FTD Sport-Abt. Freitag Hand- u. Faustball. Ver. Wirtsh. Aush. D. W. S., Schulstraße 5. Eingang neuer Waren aller Art.

Junges Verein „Immergrün“ Niefa 1920. Sonnabend, 28. d. M., außerordentliche Versammlung. Wichtige Besprechung am. Vergn.

Ruderverein Niefa e. B. :: Narudern.

Sonntag, 29. April, 2^o nachm. Ausfahrt aller Boote, anschließend zwangloses Kaffeeständchen in den Räumen des Bootshauses. 8 Uhr abends geselliges Beisammensein in der Kibteraffe.

Bertram Dletz, Düsseldorf, spricht

Sonabend, 28. 4. **Hotel Kronprinz.**
Thema: **Der Nationalismus der Arbeiterchaft im Zeichen der Ruhrbesetzung.**
Freie Ausdrucks. 8. 11. 2.

Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1

Nur noch heute: „Sirkus Gray“ 6. Teil sowie „Nobody“ 14. und 15. Episode.
Ab morgen Freitag der amerik. Großfilm „Elmo, der Furchtlose“ „Tarzans neue Mission“

ein Sensationsroman in 6 Teilen (36 Akten) voller Spannung!
Der einzige in dieser Saison erschienene Film mit Elmo Lincoln in der Hauptrolle.

Elmo Lincoln neben Eddie Polo, der beste und beliebteste Sensationsdarsteller; Gillian Sedgwick neben Wally Wallace, die bedeutendste und populärste amerikanische Sensationsdarstellerin, verkörpern die Hauptrollen.

1. Teil:

„Der Untergang der Rio Grande“.
Unterwasserfotos!
Schiffskatastrophen von fabelhafter Wirkung bilden den Hintergrund zu diesem hochinteressanten Filmwerke.
Hierzu: „Der schwimmende Berg“ und „Der Schatten am Fenster“. Beide Filme mit Zehnster Schaffer.

— Täglich ab 7 und 9 Uhr. —
Sonntags ab 2 Uhr Jugendvorstellung.
Ab Dienstag die große Ueberraschung!
Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer H. Wares.

Jagdverpachtung.

Die Jagdverpachtung der Flur Dörschitz 5. Komm. (Bahnstation Braunk), ca. 500 Acker umfassend, soll **Sonabend, 12. Mai 1923**, nachm. 4 Uhr im hiesigen Gasthause auf weitere 6 Jahre — vom 1. September 1923 bis 31. August 1929 — um das Höchstgebot, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bittanten und Ablehnung sämtlicher Gebote, verpachtet werden. Die Pachtbedingungen sind beim Jagdverpächter einzusehen. Dörschitz, 25. April 1923.
Guno Reiche, Jagdverpächter.

Ziegen-, Zidels-, Kanin-, Maulwurfs- Zelle

sowie alle anderen Arten
laut zu Tagespreisen O. Wehner, Utmarkt.

Fleisch- und Barfverkauf
von Freitag nachmittag an.
Oskar Stein, Hofschlächter.
Schlachtpferde sucht stets zu kaufen
d. O.

Unsere Inkasso-Agentur
für Niefa u. Umg. ist an gutem, u. geschäftsgew. Herrn Hof, zu vergeben. Lohnender Nebenber. für ruhige Kleintrentner.
Wilhelms-Generalsagentur Dresden-K.
Mariastraße 26. II.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Wohnungstausch.
Tausche sofort meine in Neugröba im Parterre gelegene Wohnung (3 Zimmer, Küche u. Zubeh.) mit größerer (4 od. 5 Zimmer, Küche und Zubeh.) in der mittl. Stadt. Angeb. unter LT 244 an Tagesbl. Niefa.

Wohnungstausch.
Stube, Kammer, Küche und Zubehör im Mittelpunkt der Stadt gegen eine größere Wohnung in der Nähe des Bahnhofs oder Gröba a. tauschen gesucht. Offerten erb. unt. L U 245 an das Tagesblatt Niefa.

Ja. Mann (Professionist).
Auf. 30, sucht auf diesem Wege Bekanntschaft einer Dame, Ende 20er, sweds

Heirat.
Witwe nicht ausgeschloß. Offerten mit Bild unter L W 247 an Tagesbl. Niefa.

Aufwartung
für 15. Mai oder 1. Juni gel. Winter, Adherstr. 9.

Jung. eheliches Mädchen
für sofort gesucht.
Frau Anna Willmann,
Oshau, Utmarkt 18.

Jung. Gänse
zu verkaufen.
Reinhold Quosdorf,
Erdbe, Post Stauchh.

Ein schönes
Anbinde-Sulentab
zu verkaufen.
Wend, Schalten 36.

Ein Parkwagen
guterh., zu verkaufen.
Niesch, Elbbera 1. v.

Grünes Daunenkostüm,
mehrere Herrenräder
mit und ohne Gummi hat
preiswert zu verkaufen
Karl Hofmann, Gröba,
Dammweg 4. Tel. 670.

Guterhaltener
Promenadenwagen
preisw. zu verk. W. K. W. R.
Höderau, Grundstr. 18.

Eine Rohhaarmatratze
mit Bettgestell preiswert
zu verkaufen. Matras.
Neuweida, Niescher Str. 8.

Ehernes Bett,
1 große Kommode,
Kleiderschrank und
Waschkommode zu verk.
Geor. Lutherplatz 12.

2 Stück 2 teil. Warragen
zu verkaufen, auch einzeln.
Mar Jölicher,
Lager Reibhain, O.-B. 12.

Deuts. Donnerstag — nur einen Tag: „Tafelberg“;
Freitag bis Sonntag des gr. Lustspiel-Programms:
„Sally in der Sommerfrische“
„Die knatternde Straße“ oder „Knickerbockers Scherfarten“
Montag — nur einen Tag — auf vielseitigen Wunsch zum zweiten Mal:
„Der Mann ohne Namen“ I. Teil „Peter Bob, der Millionendieb“
Vorführungen: Dienstag 7 u. 9 Uhr. Einlaß 7 Uhr. Sonntag ab 3 Uhr
Jugendvorstellung. Um gütigen Zuspruch bittet die Bekkerin Anna Zah.

Putzgeschäft
Nur 1. Etage. **Olga Behr** Nur 1. Etage.
Riesa, Pausitzer Str. 15, 1. Etage
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager in eleganten Damen-, Kinderhüten u. große Auswahl in Glasbrotbüten. Umarbeitungen aller Art werden — schnellstens ausgeführt. —

Gasthof Sonntag 6 Uhr
Nünchritz. Ballmusik.

Achtung! Landwirte und Ziegenhalter!
Extra-Angebot in
Lanz-Separatoren
weit unter heutigem Tagespreis.
Grosse Auswahl in Gummiringen
— aller Fabrikate.
Franz u. Emil Müller, Merzdorf-Riesa
— Fernsprecher 606 und 607. —

Besucht die neuen Heimatskundevorträge!
Beginn 9. Mai im Hotel Döfner.

Verpunde diese Woche einen großen Vorkauf prima
Röderau. fette Schweinsköpfe
zum billigsten Tagespreise.
Mar Samm, Röderau.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit so überaus zahlreich erwiesenen Ehrungen sagen wir hierdurch
herzlichsten Dank.
Riesa, 26. April 1923.
Eduard Schmidt u. Frau geb. Mohaupt.

Büchlich und unerwartet entschleif gestern unser kleiner Liebling
Ruth.
Dies zeigt Schmerzgefühl an Familie Max Janiczek.
Riesa, 26. April 1923.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 3 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Nachlaß-Versteigerung
in dem ehem. Grabsteingelände von Otto Beulig
Langenberg Nr. 33
Montag, 30. April 1923, nachm. 2 Uhr.
Zur Versteigerung kommen sämtliche Haus- und Kücheneinrichtungen, Betten, Kleidungsstücke, Bildhauerwerkzeuge, halbfertige Grabsteine, komplette Einfassungen, Rohsteine und anderes mehr.
W. Richter, Ortsrichter.

Zigaretten
Banderole 100 M. 70000.— Gold
70 : 58000.—
60 : 50000.—
50 : 44000.—
Banderole 40 M. 36000.— ohne Münzhül.
Reine Musterlieferung.
Nur per Nachnahme. Lieferung prompt.
W. Glaeser, Leipzig, Katharinenstr. 17
Telefon 23918.

Eintragungen
in die Kohlenkundenlisten werden erbeten.
Lieferungen erfolgen prompt ab Lagerplatz oder vors Haus.
C. F. Förster.

Preßkohlensteine
in bester Qualität und höchster Heizkraft liefern an W. 2500.— pro Bentner ab Lager W. Clemen & Co. Riesa, Adherstr., W. 2750.— pro Bentner mit unseiner Fuhr frei Haus. Braunkohlengrube „Anna“ Elsterwerda, Lager Riesa.

Brikett-Vorkauf
bis 30.4. auf alte Karten.
Ferner bitte ich freundlich, die neuen Karten abzugeben sweds Eintragung in d. Kundenliste.
S. Kern, Elbstr. 2.
Telefon 337.
Erzengeschäft

Arthur Hänel
Hauptstraße 25 II.
I. Hause v. Klempnerstr. Holey.
Empfehle:
Wirtschaftsbüchsen, Tüdelbüchsen, Kinderbüchsen in weiß u. bunt, fertige weiße Kinder- und Damenwäsche, blaue Kinderbüchsen, fertige Wäsche für Männer und Frauen, Männer-Arbeitsjacken, Koytücher, Gartenschlecken, Wanddruck, Panischer Seinen- und Baumwollwaren,
Strümpfe:
Hochkrämpfe in schwarz, braun und modisfarben, Herrensocken i. grau, bunt, Kinderstrümpfe.

Arthur Hänel
Hauptstraße 25 II.
I. Hause v. Klempnerstr. Holey.
Empfehle:
Sigaretten, Zigaretten Rauch-, Zigar-, und Kanstab bester Marken, Günstiger Einkauf für Wiederverkäufer.
Paul Krante, Röderrich
Empfehle noch preiswert:
Margarine
Schmalz, Schweinsköpfe frische grüne Perinac, Matrasen, Günstige Spalten, ger. Feinige.
Fr. Koch, Spitt. 19.
Frische Speckische, Frische grüne Perinac, Clemen Burger.
Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.